Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 39 | Dresden, Dienstag, 16. Februar | 1932

Nach der Zusage Hindenburgs.

Die Grundlagen der neuen Kandidatur.

Berlin 15. Februar

Der Entschluß des Reichspräsidenten, sich für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, hat in politischen Kreisen der Reichshauptstadt lebhafte Genugtuung ausgelöst. Die Kandidatur wird als eine solche der gemäßigten Rechten und der Mitte gewertet und man erwartet, daß auch weite Kreise der Linken ihr zustimmen werden. Die Grundlagen der Kandidatur sind dieselben wie im Jahre 1925. Es kommt nur hinzu, daß der Reichspräsident sich durch seine ehrfurchtgebietende Persönlichkeit und die ruhige Hand seiner Staatsführung das Vertrauen weiterer Kreise erworben hat, so daß man in Wahrheit von einer Volkskandidatur sprechen kann. Schon die zahlreichen Kundgebungen, die in den letzten Tagen an den Reichspräsidenten gerichtet worden sind, lassen keinen Zweifel darüber, daß die Kandidatur Hindenburgs auch im Lande mit großer Freude aufgenommen wird.

Äußerlich geht die Entwicklung so weiter, daß der Reichspräsident morgen vormittag Dr. Sahm und die Vertreter auch der anderen Ausschüsse empfangen wird, die sich in den verschiedenen Teilen des Reiches gebildet und die sich bereits mit Entschiedenheit für die Hindenburg-Kandidatur eingesetzt haben.

Berlin, 16. Februar.

Daß sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg sehr weite Kreise, insbesondere auch aus dem Lager der rechtsorientierten Parteien und Organisationen, einsetzen, ergibt sich aus folgender Aufstellung von Verbänden, Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten, die sich für die Wiederwahl Hindenburgs ausgesprochen haben: Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks, der Jungdeutsche Orden, die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Bayrische Heimatschutz (Führer Forstrat Dr. Escherich), der Evangelische Volksdienst, der Adelsmarschall v. Berg-Markienen, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (Vorsitzender Freiherr v. Lersner), die Volkskonservative Vereinigung Mannheim, die Landwirtschaftlichen Bezirksvereinigungen Berchtesgaden und Bad Reichenhall, die Marburger Hochschullehrerschaft, der Generaloberst v. Bothmer, die Technische Hochschule Braunschweig, die Hochschullehrerschaft der Universität Halle-Wittenberg, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die Volkskonservative Vereinigung zu Berlin und die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei.

•

2,5 Millionen Eintragungen.

Berlin, 15. Februar.

Wie der Hindenburgausschuß mitteilt, hat die Zahl der Eintragungen für den Wahlvorschlag Hindenburg im Laufe des heutigen Vormittags 2,5 Millionen erreicht. Es laufen stündlich noch Abschlußmeldungen namentlich vom flachen Lande ein.

•

Im Spiegel der Presse.

Berlin 15. Februar.

Die meisten Berliner Abendblätter nehmen in ihrem Leitartikeln ausführlich zu der Kundgebung des Reichspräsidenten Stellung.

Die **„D. A. Z."** bedauert, daß die Wähler Hindenburgs von 1925 heute nur noch zum Teil hinter ihm stehen. Für die Deutschnationalen und den Stahlhelm bestehe jetzt die Gefahr, zwischen Hitler und Hindenburg aufgerieben zu werden. Was Hindenburg erstrebt habe, Geschlossenheit der Nation und Beruhigung der innerpolitischen Kämpfe, werde nicht eintreten. Deutschland ginge im Gegenteil einer Verschärfung der Auseinandersetzungen entgegen.

Das **„Berliner Tageblatt"**, das Hindenburg den „Volkskandidaten" nennt, fordert, daß bei dieser Wahl der Parteigeist und der Hader um die Reichsregierung schweigen sollen. Eine Wahl Hindenburgs sei keine Entscheidung für Brüning; es sei die Wahl des Mannes, in dem Ehre, Vaterlandsliebe und Treue vereinigt seien.

Die **„Vossische Zeitung"** nennt die Kundgebung ein „wahrhaft historisches Dokument", in dessen Mittelpunkt das Wort „Pflicht" stehe. Das Blatt schreibt: Wir erwarten von Hindenburg nichts für unsere Parteiziele. Wir halten es recht und schlecht für unsere Pflicht, die Hand zu ergreifen, die er allen Deutschen, die guten Willens sind, entgegenstreckt.

Der **„Börsenkurier"** sieht in dem „aufopfernden Entschluß" eine Vereinfachung der Lage, in der einzigen angemessenen Weise für oder gegen Hindenburg, für oder gegen die außenpolitische Einheitsfront, gegen oder für eine neue, überflüssige, in ihren Wirkungen unabmeßbare Krise.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** schreibt, auf der Rechten liegt jetzt die ungeheure Verantwortung, ob ein Hindenburg zum Kandidaten der Linken gestempelt werden soll. Möge sie diesen Umstand bei ihren weiteren Erwägungen wohl im Auge behalten!

Der **„Berliner Lokalanzeiger"** und die **„Nachtausgabe"** bringen noch keine Kommentare. Sie bezeichnen es lediglich als bemerkenswert, daß in dieser Erklärung weder auf den Sahm-Ausschuß noch auf die Behauptungen Bezug genommen werde, daß sich auch Kreise der Rechten für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg eingesetzt hätten.

Die **„Deutsche Zeitung"** spricht von einem Kampf, welcher der nationalen Opposition gegen ihren Willen aufgezwungen werde. Sie werde ihn führen mit der Achtung, die dem geschichtlichen Namen des heute von den Gegnern zur Wahl gestellten Feldmarschalls zukomme, aber auch mit der Entschlossenheit, welche die Verantwortung für die Zukunft von Volk und Vaterland erfordere.

Berlin, 16. Februar.

Die Berliner Morgenpresse beschäftigt sich ausführlich mit der gestrigen Kundgebung des Reichspräsidenten.

Die **„Germania"** schreibt: Die Entscheidung Hindenburgs und die gegen ihn gerichtete Kampfansage der radikalen Rechten haben die Fronten dieses Kampfes endgültig geklärt.

Der **„Börsenkurier"** unterstreicht die Feststellung, daß Hindenburg nicht der Kandidat irgendeiner Partei, sondern der Vertrauensmann weiter Volksschichten bleibt.

Der **„Vorwärts"** nennt den Entschluß Hindenburgs eine höchst respektable Handlung, die „wie ein Donnerschlag auf die Harzburger Front" gewirkt habe.

Der **„Tag"** spricht von einem „tragischen Geschick" und die **„Börsenzeitung"** von einer Lage, die in höchstem Maße unerfreulich sei. Man habe es fertiggebracht, die Entwicklung dahin zu treiben, daß wegen der Kandidatur Hindenburgs ein Riß durch die nicht-marxistische Front gehe.

•

Kundgebung des Kyffhäuserbundes.

Berlin, 15. Februar.

Die Pressestelle des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" (Kyffhäuserbund) teilt mit:

Der 1. Bundespräsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" (Kyffhäuserbund), General der Artillerie a. D. v. Horn, erläßt folgende Kundgebung:

„Kameraden! Der Herr Feldmarschall hat heute die Kandidatur angenommen. Die Volkswahl steht bevor. Nicht die Parteien sollen sprechen, sondern jeder einzelne nach bestem Wissen und Gewissen. Ihr werdet mir zugestehen, daß ich seit Jahren mit allen Kräften bestrebt bin, die Parteipolitik aus unserem großen Kameradenkreise fernzuhalten. Auch heute rufe ich Euch zu: Laßt die Parteibindung beiseite und handelt in reinem Kyffhäusergeist. Stellt Euch über die Partei, prüft und erkennt die großen deutschen Notwendigkeiten. Durchdenkt die bevorstehenden Wahlkämpfe bis zum letzten, und macht Euch die Folgen klar, die eintreten können. Wer soll unser zerrissenes Volk in seiner tiefsten Not und in seiner größten Gefahr zusammenhalten und nach außen vertreten? Wer hat den Willen und die Kraft, die ungeheuren inneren Spannungen, die zur Entladung drängen, zum Segen des Volkes auslaufen zu lassen? Da ich als verantwortungsbewußter Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie — erhoben über alles parteipolitische Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuß, lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes — lauten: Bewahren wir alten Soldaten unserem verehrten Ehrenpräsidenten das Vertrauen, das er verdient, und die Treue, die er uns gehalten hat. Verlassen wir unseren Hindenburg nicht!"

•

General v. Horn beim Reichspräsidenten.

Berlin, 15. Februar.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Präsidenten des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser", General der Artillerie a. D. v. Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

•

Der Stahlhelm gegen Hindenburg und Horn.

Berlin, 15. Februar

Die Presseabteilung des Bundesamtes des Stahlhelm teilt mit: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General v. Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelm zu sprechen.

•

Zu dieser Mitteilung des Stahlhelm erklärt General v. Horn, daß er überhaupt nicht im Namen des Stahlhelm gesprochen habe. Das gehe auch aus der amtlichen Mitteilung hervor, in der ausdrücklich festgestellt wird, der General habe dem Reichspräsidenten „erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck gebracht".

•

Deutschnationale und Nationalsozialisten sagen den Kampf gegen Hindenburg an.

Berlin, 15. Februar.

Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit:

Die Kandidatur des Feldmarschalls v. Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Brüning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verdächtiger Geschäftigkeit hat die Linksdemokratie die Hindenburg-Kandidatur betrieben. Beides hat nicht nur den Namen des Feldmarschalls, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschicke Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Hinter dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls v. Hindenburg als Schutzschild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunutzen. Aus ihrer Hand nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten v. Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.

•

München, 16. Februar.

Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" nachstehenden Aufruf:

„Als letzten Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruches, die ihre letzten Begründungen in dem Youngplan und in den Notverordnungen gefunden hat, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu ihrem Kampfe gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe verbrauchen zu lassen."

•

Günstige Aufnahme in England.

London, 16. Februar.

Der Entschluß Hindenburgs, im Alter von 84 Jahren von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren, findet in der ganzen Morgenpresse rückhaltlose Bewunderung.

„Daily Expreß" nennt Hindenburg den Rettungsanker des Deutschen Reiches, und **„Times"** schreiben:

Der alte Feldmarschall hat der Republik während aller Wechselfälle der sieben Jahre seiner Amtszeit so weise und so loyal gedient, daß es passender gewesen wäre, wenn ihm angesichts seines Alters das Verfahren einer Berufung auf die Volksstimme erspart geblieben wäre. Erfreulicherweise haben Vaterlandsliebe und strenges Pflichtgefühl diesen treuen Diener seines Landes veranlaßt, auf die wohlverdiente Ruhe zu verzichten. Binnen zehn Tagen haben 2½ Millionen Bürger den Aufruf für seine Wiederwahl unterzeichnet, ein ausreichender Beweis für die Achtung, die dem Präsidenten in Deutschland entgegengebracht wird. Im Auslande genießt er nicht weniger Achtung. Sein Entschluß ist ein Glück für Deutschland und für Europa.

Unter der Überschrift „Deutschlands großer, alter Mann" führt **„Morningpost"** aus: Das Schauspiel, das Präsident v. Hindenburg bietet, wenn er im Alter von 84 Jahren zu einer nochmaligen Übernahme seines Amtes sich bereit zeigt, hat etwas Ehrfurchtgebietendes. Sein Amt ist keine Sinekure, und das Staatsschiff steuert keineswegs durch ruhige See. Im Gegenteil, der Augenblick ist ganz außergewöhnlich kritisch für sein Land, und das Amt bringt die schwerste Verantwortung mit sich, die einem Staatsmann zuteil werden kann. 1925 war es zweifellos der Widerschein von Tannenberg, der ihn auf den Präsidentenposten berief. Heute sind es neue Leistungen, neben denen Tannenberg nur ein schwacher, weit zurückliegender Schatten ist. Der alte Krieger der Königs- und Kaiserzeit ist für die junge Republik beinahe so unentbehrlich geworden, wie es ein Mann auf irgendeinem Gebiete des Lebens überhaupt sein kann. Dabei steht Präsident v. Hindenburg auf seinem Platz nicht infolge Verleugnung seiner Vergangenheit, sondern weil er seine Auffassung vom Dienst an seinem Lande über alle rein persönlichen Neigungen stellt. Durch eine Ironie des Schicksals wird er von denen unterstützt, die ihm bei der letzten Wahl stärkste Opposition machten, und viele, wenn auch nicht alle seiner früheren Anhänger sind gegen ihn. Er hat ihre Unterstützung verloren, nicht weil er sein Anrecht auf ihre Zuneigung verloren hat, sondern weil er sich weigert, ihre Marionette zu werden. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob es den Nationalsozialisten und Deutschnationalen nicht gelingen wird, ihren alten Chef zu vertreiben. Was seine vormaligen Feinde auf dem Schlachtfelde betrifft, so gibt es keinen unter ihnen, der ihm nicht die Achtung zollt, die dem Charakter und der Lauterkeit eines großen Dieners seines Landes gebührt.

„Daily News" hebt besonders hervor, daß selbst der alte Gegenkandidat Hindenburgs, der ehemalige Reichskanzler Marx, sich für Hindenburg einsetzt. — **„News Chronicle"** schreibt, dies sei eine ungemein gute Nachricht für Deutschland sowie für die übrige Welt. Im heutigen Deutschland gebe es keine Gestalt, die im In- und Auslande solches Vertrauen genieße wie Hindenburg. Seine Wiederwahl würde die denkbar bestimmteste Garantie dafür sein, daß Deutschlands Haltung in der unmittelbaren Zukunft vernünftig und klug sein würde, besonders, da gleichzeitig das Verbleiben des Reichskanzlers Brüning im Amte gesichert sei, des tüchtigsten Staatsmannes Deutschlands seit dem Kriege. Hätte Hindenburg Dr. Brüning preisgegeben, so hätte er seine Wiederwahl ohne Gegenkandidaten gesichert. Aber durch die Ablehnung dieser Forderung der Hitlerianer habe Hindenburg mit seinem gewohnten